

Landtag**21. Wahlperiode****Drucksache 21/1947**

25. August 2026

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU**Die Bremer Justiz in Zahlen – Personal, Verfahrensdauer und Funktionsfähigkeit der Justiz**

Eine leistungsfähige Justiz ist wesentliche Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen personell und technisch so ausgestattet sein, dass Strafverfahren zügig durchgeführt, zivilrechtliche Ansprüche zeitnah geklärt und gerichtliche Entscheidungen effektiv vollstreckt werden können.

Bereits im Jahr 2022 hatte die CDU-Fraktion mit der Kleinen Anfrage „Die aktuelle Lage der Bremer Justiz in Zahlen“ die personelle und organisatorische Situation der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, des Justizvollzugs und der Senatorin für Justiz und Verfassung abgefragt. Die Antwort des Senats zeigte unter anderem lange Verfahrensdauern, eine erhebliche Zahl älterer Verfahren sowie einen nach dem Personalbedarfsberechnungssystem PEBBSY noch nicht vollständig gedeckten Personalbedarf in den Serviceeinheiten auf.

Seitdem haben sich die Anforderungen an die Justiz weiter verändert. Hierzu zählen unter anderem die vollständige Einführung der elektronischen Akte, umfangreiche Strafverfahren im Bereich der organisierten Kriminalität, steigende Anforderungen an den Justizvollzug, die Nachwuchsgewinnung sowie teilweise erhebliche Rückstände bei einzelnen Gerichten und Geschäftsbereichen.

Ziel der Anfrage ist es daher, die Entwicklung seit der letzten umfassenden Bestandsaufnahme transparent darzustellen und mögliche strukturelle Defizite frühzeitig sichtbar zu machen. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob die Bremer Justiz personell, organisatorisch und technisch in der Lage ist, ihren verfassungsrechtlichen Aufgaben dauerhaft und ohne vermeidbare Verzögerungen nachzukommen. Nur auf Grundlage belastbarer und vergleichbarer Zahlen können notwendige politische Konsequenzen abgeleitet und die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats nachhaltig gesichert werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

I. Personal

1. Wie viele Personen waren zum Stichtag 30. Juni 2026 in den folgenden Bereichen tatsächlich beschäftigt?

- a) Richterinnen und Richter,
- b) Staatsanwältinnen und Staatsanwälte,
- c) Amtsanwältinnen und Amtsanwälte,
- d) Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger,
- e) Beschäftigte in Serviceeinheiten und Geschäftsstellen,
- f) Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister,
- g) Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher,
- h) IT-Beschäftigte,
- i) Beschäftigte der Sozialen Dienste der Justiz.

Bitte jeweils getrennt darstellen nach Gerichten und Staatsanwaltschaften, Dienststelle, Standort, Laufbahn- oder Beschäftigtengruppe, Köpfen, Vollzeitäquivalenten beziehungsweise Arbeitskraftanteilen, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, befristet und unbefristet Beschäftigten.

2. Wie hat sich die tatsächliche Personalausstattung der unter Frage 1 genannten Bereiche jeweils zum 31. Dezember der Jahre 2021 bis 2025 entwickelt (Bitte nicht lediglich die Zahl der beschäftigten Personen, sondern auch die jeweiligen Vollzeitäquivalente beziehungsweise Arbeitskraftanteile angeben)?

3. Wie viele im Haushalts- beziehungsweise Stellenplan ausgewiesene Stellen standen den einzelnen Gerichten, Staatsanwaltschaften und sonstigen Justizdienststellen in den Jahren 2021 bis 2026 jeweils zur Verfügung?

Bitte jeweils angeben:

- a) Stellen-Soll,
- b) tatsächlich besetzte Stellen,
- c) unbesetzte Stellen,
- d) Besetzungsquote,
- e) seit mehr als drei, sechs und zwölf Monaten unbesetzte Stellen.

4. Welcher Personalbedarf ergibt sich für die einzelnen Gerichte und Staatsanwaltschaften nach dem jeweils einschlägigen Personalbedarfsberechnungssystem, insbesondere PEBBSY?

Bitte für die Jahre 2021 bis 2025 sowie den aktuellsten verfügbaren Stand getrennt darstellen:

- a) rechnerischer Personalbedarf,
- b) tatsächliche Personalausstattung in Arbeitskraftanteilen,
- c) Deckungsgrad in Prozent,

d) personelle Unter- oder Überdeckung.

Die Angaben sind mindestens getrennt nach Richterdienst, staatsanwaltlichem Dienst, Rechtspflege, Anwaltschaft und Servicebereich auszuweisen.

5. Wie viele Beschäftigte der Justiz befanden sich zum Stichtag 30. Juni 2026 in Teilzeit? Bitte für jede Dienststelle und Beschäftigtengruppe angeben:

- a) Zahl der Teilzeitbeschäftigten,
- b) jeweiliger Beschäftigungsumfang,
- c) Summe der dadurch tatsächlich vorhandenen Vollzeitäquivalente.

6. Wie viele Personen waren zum Stichtag 30. Juni 2026 längerfristig nicht im regulären Dienst einsetzbar, insbesondere aufgrund von

- a) Elternzeit,
- b) Mutterschutz,
- c) langfristiger Erkrankung von mehr als sechs Wochen,
- d) Freistellungen,
- e) Beurlaubungen,
- f) Abordnungen oder Zuweisungen?

Bitte nach Dienststelle und Beschäftigtengruppe aufschlüsseln.

7. Wie viele Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen, Staatsanwälte sowie sonstige Beschäftigte wurden in den Jahren 2021 bis 2026

- a) aus Bremer Justizdienststellen heraus abgeordnet,
- b) an Bremer Justizdienststellen abgeordnet,
- c) an die senatorische Behörde abgeordnet,
- d) an Bundesbehörden oder andere Länder abgeordnet?

Bitte jeweils Zahl, Dauer, Ziel- beziehungsweise Herkunftsdienststelle und Beschäftigtengruppe angeben.

8. Wie viele Neueinstellungen, Versetzungen nach Bremen und Rückkehrer aus Abordnungen gab es in den Jahren 2021 bis 2026?

Wie viele Beschäftigte schieden im selben Zeitraum aus aufgrund von

- a) Ruhestand,
- b) Versetzung in ein anderes Bundesland oder zum Bund,
- c) Kündigung beziehungsweise Entlassung auf eigenen Wunsch,
- d) Dienst- oder Erwerbsunfähigkeit,

e) sonstigen Gründen?

9. Wie stellt sich die Altersstruktur in den einzelnen Beschäftigtengruppen zum Stichtag 30. Juni 2026 dar?

Bitte jeweils die Zahl der Beschäftigten angeben, die voraussichtlich bis Ende

- a) 2027,
- b) 2029,
- c) 2031 und
- d) 2033

altersbedingt ausscheiden werden.

10. Wie viele Bewerbungen gingen in den Jahren 2021 bis 2026 auf ausgeschriebene Stellen in der Bremer Justiz ein?

Bitte nach Berufs- beziehungsweise Laufbahngruppen aufschlüsseln und jeweils angeben:

- a) Zahl der ausgeschriebenen Stellen,
- b) Zahl der Bewerbungen,
- c) Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber,
- d) Zahl der Einstellungen,
- e) Zahl erfolglos gebliebener Ausschreibungen.

11. Wie hoch waren die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Jahren 2021 bis 2025 bei den einzelnen Gerichten, Staatsanwaltschaften und sonstigen Justizdienststellen?

Bitte jeweils darstellen:

- a) durchschnittliche Krankentage je beschäftigter Person,
- b) Krankenquote,
- c) Zahl der Langzeiterkrankten mit einer Abwesenheit von mehr als sechs Wochen,
- d) Zahl der Langzeiterkrankten mit einer Abwesenheit von mehr als sechs Monaten.

12. Wie viele Mehrarbeits- oder Überstunden bestanden zum 31. Dezember der Jahre 2021 bis 2025 jeweils sowie zum 30. Juni 2026?

Bitte nach Dienststelle und Beschäftigtengruppe aufschlüsseln und jeweils angeben:

- a) Gesamtzahl der Stunden,
- b) durchschnittliche Stunden je Beschäftigten,
- c) ausgezahlte Stunden,
- d) durch Freizeitausgleich abgebaute Stunden,

e) verfallene Stunden.

II. Verfahrenseingänge, Erledigungen und Bestände

13. Wie viele Verfahren gingen in den Jahren 2021 bis 2025 und des ersten Halbjahres 2026 bei den einzelnen Gerichten und Gerichtsbarkeiten jeweils ein (Für die ordentliche Gerichtsbarkeit sind insbesondere getrennt auszuweisen: Zivilsachen, Familiensachen, Strafsachen, Bußgeldsachen, Nachlasssachen, Betreuungssachen, Grundbuchsachen, Zwangsvollstreckungs- und Zwangsversteigerungssachen, Insolvenzverfahren und nach Gerichtsstandort und Instanz)?

14. Wie viele Verfahren wurden in den unter Frage 13 genannten Bereichen in den Jahren 2021 bis 2025 sowie im ersten Halbjahr 2026 erledigt (Die Gliederung muss der Gliederung der Antwort zu Frage 13 entsprechen, sodass Eingänge und Erledigungen unmittelbar miteinander verglichen werden können)?

15. Wie hoch war der Bestand unerledigter Verfahren jeweils zum 31. Dezember der Jahre 2021 bis 2025 und am Stichtag 30.06.2026 (Bitte entsprechend Frage 13 nach Gericht, Standort, Instanz und Verfahrensart aufschlüsseln)?

16. In welchen Bereichen überstieg die Zahl der Eingänge in den Jahren 2021 bis 2025 beziehungsweise im ersten Halbjahr 2026 die Zahl der Erledigungen? Wie hoch war der jeweilige jährliche Bestandsaufbau?

17. Bei welchen Gerichten, Spruchkörpern oder Geschäftsbereichen bestehen nach Einschätzung des Senats derzeit erhebliche Rückstände oder strukturelle Überlastungen und welche konkreten Ursachen sieht der Senat hierfür?

III. Verfahrensdauer und Altverfahren

18. Wie hoch war die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Jahren 2021 bis 2025 bei den unter Frage 13 genannten Gerichten und Verfahrensarten?

19. Wie viele zum 30. Juni 2026 noch nicht erledigte Verfahren waren

- a) länger als sechs Monate,
- b) länger als zwölf Monate,
- c) länger als 18 Monate,
- d) länger als zwei Jahre,
- e) länger als drei Jahre,
- f) länger als fünf Jahre

anhängig (Bitte nach Gericht, Instanz und Verfahrensart aufschlüsseln)?

20. Wie viele ältere Strafverfahren (als ältere Verfahren sind jeweils Verfahren mit einer Dauer von mehr als zwölf Monaten sowie von mehr als 24 Monaten auszuweisen) waren zum 30. Juni 2026 beim Amtsgericht Bremen, Amtsgericht Bremen-Blumenthal, Amtsgericht Bremerhaven, Landgericht Bremen und Hanseatischen Oberlandesgericht anhängig?

Bitte gesondert nach folgenden Deliktgruppen aufschlüsseln:

- a) Tötungsdelikte,
- b) Sexualdelikte,
- c) schwere Körperverletzungsdelikte,
- d) Raubdelikte,
- e) organisierte Kriminalität,
- f) Betäubungsmittel- beziehungsweise Cannabisdelikte,
- g) Wirtschaftsstrafverfahren,
- h) Staatsschutzdelikte.

21. Wie viele Strafverfahren mussten in den Jahren 2021 bis 2026 aufgrund einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung

- a) eingestellt werden,
- b) mit einem bezifferten Vollstreckungsabschlag abgeschlossen werden,
- c) bei der Strafzumessung zugunsten der angeklagten Person berücksichtigt werden?

22. In wie vielen Fällen wurde Bremen in den Jahren 2021 bis 2026 wegen überlanger Gerichtsverfahren entschädigungspflichtig?

Bitte jeweils angeben:

- a) Zahl der Entschädigungsklagen,
- b) Zahl der erfolgreichen Klagen beziehungsweise Vergleiche,
- c) jeweils gezahlte Entschädigungssummen,
- d) betroffene Gerichtsbarkeit und Verfahrensart.

IV. Staatsanwaltschaft und Strafverfolgung

23. Wie viele Ermittlungsverfahren gingen in den Jahren 2021 bis 2025 sowie im ersten Halbjahr 2026 bei der Staatsanwaltschaft Bremen einschließlich der Zweigstelle Bremerhaven ein? Bitte getrennt ausweisen nach

- a) bekannten Beschuldigten,
- b) unbekannten Tatverdächtigen,
- c) allgemeinen Strafsachen,
- d) Jugendstrafsachen,
- e) Wirtschaftsstrafsachen,

- f) Staatsschutzsachen,
- g) organisierter Kriminalität,
- h) Kapitaldelikten,
- i) Sexualdelikten.

24. Wie viele Ermittlungsverfahren erledigte die Staatsanwaltschaft in den Jahren 2021 bis 2025 sowie im ersten Halbjahr 2026

Bitte neben den absoluten Zahlen nicht nur Prozentanteile, sondern auch in Zahlen angeben:

- a) Anklageerhebungen,
- b) Anträge auf Erlass eines Strafbefehls,
- c) Einstellungen nach § 170 Absatz 2 StPO,
- d) Einstellungen nach §§ 153, 153a StPO,
- e) Verweisungen auf den Privatklageweg,
- f) Abgaben an andere Staatsanwaltschaften oder Behörden,
- g) sonstige Erledigungen.

25. Wie lange dauerten die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in den Jahren 2021 bis 2025 durchschnittlich?

Bitte zusätzlich angeben, wie viele Verfahren zum jeweiligen Jahresende länger als

- a) sechs Monate,
- b) zwölf Monate,
- c) 18 Monate,
- d) zwei Jahre

anhängig waren.

26. Wie viele offene Ermittlungsverfahren bestanden zum 31. Dezember der Jahre 2021 bis 2025 sowie zum 30. Juni 2026 bei der Staatsanwaltschaft Bremen (Bitte getrennt nach Hauptstelle Bremen und Zweigstelle Bremerhaven angeben).

27. Wie viele von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklagen führten in den Jahren 2021 bis 2025 zu

- a) einer Eröffnung des Hauptverfahrens,
- b) einer Ablehnung der Eröffnung,
- c) einer Verurteilung,
- d) einem Freispruch,
- e) einer Einstellung durch das Gericht?

28. Wie viele rechtskräftig verurteilte Personen erhielten in den Jahren 2021 bis 2025

- a) eine Geldstrafe,
- b) eine Freiheitsstrafe mit Bewährung,
- c) eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung,
- d) eine Jugendstrafe mit Bewährung,
- e) eine Jugendstrafe ohne Bewährung?

V. Besondere Geschäftsbereiche der Amtsgerichte

29. Wie haben sich Eingänge, Erledigungen, Bestände und durchschnittliche Bearbeitungszeiten in den Jahren 2021 bis 2025 sowie im ersten Halbjahr 2026 in folgenden Bereichen entwickelt?

- a) Grundbuchamt,
- b) Vollstreckungsgericht,
- c) Insolvenzgericht,
- d) Betreuungsgericht,
- e) Familiengericht,
- f) Nachlassgericht,
- g) Registergericht.

Bitte für die Amtsgerichte Bremen, Bremen-Blumenthal und Bremerhaven getrennt ausweisen.

30. Wie viele unbearbeitete oder noch nicht abschließend bearbeitete Vorgänge bestanden zum 30. Juni 2026 im Bereich des Vollstreckungsgerichts?

Bitte insbesondere getrennt ausweisen nach

- a) Anträgen auf Erlass von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen,
- b) Räumungsschutzanträgen,
- c) Zwangsversteigerungsverfahren,
- d) Zwangsverwaltungssachen,
- e) sonstigen Vollstreckungssachen.

31. Wie hoch waren zum 30. Juni 2026 die durchschnittlichen und die längsten Bearbeitungszeiten beim Grundbuchamt für

- a) Auflassungsvormerkungen,
- b) Eigentumsumschreibungen,
- c) Grundschuldbestellungen,
- d) Löschungen,
- e) Teilungen und Neuanlagen von Grundbuchblättern?

VII. Gebäude, Arbeitsplätze und Sitzungssäle

37. Wie stellt sich die aktuelle Raumsituation bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft im Land Bremen dar?

Bitte für jede Dienststelle angeben:

- a) Zahl der Beschäftigten,
- b) Zahl der vorhandenen regulären Arbeitsplätze,
- c) Zahl der Desksharing-Arbeitsplätze,
- d) zusätzlich angemietete Flächen,
- e) bestehende Unter- oder Überdeckung.

38. Welche der in der Senatsantwort aus dem Jahr 2022 beschriebenen zusätzlichen Flächen und Sitzungssäle werden heute noch genutzt?

39. Wie viele Sitzungssäle stehen den Gerichtsbarkeiten aktuell jeweils zur Verfügung?

Bitte getrennt angeben:

- a) reguläre Sitzungssäle,
- b) Säle für Großverfahren,
- c) besonders gesicherte Säle,
- d) vollständig digital ausgestattete Säle,
- e) derzeit nicht nutzbare Säle.

40. Welche baulichen Maßnahmen, Sanierungen, Anmietungen oder Neubauten sind für die Gerichte und Staatsanwaltschaften bis 2030 geplant?

VII. Gerichtsvollzieherwesen und Vollstreckung

41. Wie viele Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher standen zum 30. Juni 2026 bei den Amtsgerichten Bremen, Bremen-Blumenthal und Bremerhaven tatsächlich zur Verfügung?

Bitte jeweils angeben:

- a) Stellen-Soll,
- b) besetzte Stellen,
- c) Vollzeitäquivalente,
- d) unbesetzte Bezirke,
- e) Vertretungssituationen.

42. Wie viele Vollstreckungsaufträge gingen in den Jahren 2021 bis 2025 sowie im ersten Halbjahr 2026 ein und wie viele wurden erledigt (Bitte nach Amtsgericht und Art des Auftrags aufschlüsseln)?

43. Wie lange dauerte die Bearbeitung eines Vollstreckungsauftrags durchschnittlich?

44. Wie viele Aufträge waren zum 30. Juni 2026 länger als drei, sechs beziehungsweise zwölf Monate unerledigt?

VIII. Justizvollzug

45. Wie viele Beschäftigte waren zum 30. Juni 2026 in der Justizvollzugsanstalt Bremen einschließlich der Teilanstalten tätig (Bitte nach Bereichen und Laufbahngruppen sowie nach Köpfen und Vollzeitäquivalenten aufschlüsseln)?

46. Wie hoch waren zum 30. Juni 2026

- a) Stellen-Soll,
- b) tatsächliche Besetzung,
- c) Zahl unbesetzter Stellen,
- d) Krankenquote,
- e) Zahl der Langzeiterkrankten,
- f) Zahl der Mehrarbeitsstunden?

47. Wie haben sich Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung der Justizvollzugsanstalt in den Jahren 2021 bis 2025 sowie monatlich im ersten Halbjahr 2026 entwickelt?

Bitte getrennt nach

- a) Untersuchungshaft,
- b) Strafhaft,
- c) Jugendvollzug,
- d) Frauenvollzug,
- e) offenem Vollzug,
- f) Ersatzfreiheitsstrafen ausweisen.

48. Wie viele Haftplätze waren in den genannten Zeiträumen aufgrund von

- a) Sanierungsbedarf,
- b) baulichen Mängeln,
- c) Personalmangel,
- d) Sicherheitsgründen oder
- e) sonstigen Gründen nicht nutzbar?

IX. Senatorische Behörde

49. Wie viele Beschäftigte waren zum 30. Juni 2026 in der senatorischen Behörde für Justiz und Verfassung tätig? Bitte aufschlüsseln nach folgenden aufgelisteten Bereichen sowie nach Köpfen und Vollzeitäquivalenten

- a) Kernverwaltung
- b) Fachaufsicht,
- c) IT-Stelle beziehungsweise E-Justice,
- d) Projektstellen,
- e) Drittmittelstellen,
- f) sonstigen Aufgabenbereichen

50. Wie hat sich die Beschäftigtenzahl der senatorischen Behörde seit 2021 jährlich entwickelt?

51. Welche neuen Aufgaben, Projekte oder Organisationseinheiten begründen gegebenenfalls einen Stellenaufwuchs?

Beschlussempfehlung:

Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

Anlage(n):

- keine